

# Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE HF1 HK1 HS1 HH1 MÜNCHEN, FREITAG, 4. OKTOBER 2013 69. JAHRGANG / 40. WOCHE / NR. 229 / 2,50 EURO

## Das Streiflicht

(SZ) Es gab in den Achtzigerjahren einen zauberhaften Kinderfilm, der hieß „Die Abenteuer von Petrow und Wassetschkin“. Einer von den beiden Titelhelden, Petrow, schreibt einen Liebesbrief an Mascha, die ein sehr kluges Mädchen und folglich die Klassenbeste ist. Als sie Petrows Brief in Händen hält, zittern ihr dieselben; allerdings nicht aus Liebe, sondern vor Lachen, denn Petrows Brief ist voller Rechtschreibfehler, welche die kluge Mascha so gnadenlos wie postwendend korrigiert. Petrow steht also ziemlich blöd da, zumal da Mascha ihm erklärt, dass er vielleicht mal bitte zuerst geschickt schreiben lernen sollte, bevor er sich auf das heikle Feld des Liebeswerbens stellt. So unbarmherzig können die allerbesten Absichten zuschanden werden, wenn man nicht in der Lage ist, ihnen fehlerfrei Ausdruck zu verleihen. Diese Erfahrung musste dieser Tage auch Malu Dreyer machen, als sie sich entschlossen hatte, einen Brief an Angela Merkel ohne nachträgliche Prüfung abzuschicken.

Es war der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin ein Anliegen, die Bundeskanzlerin auf die Folgen der Datenüberwachung durch die NSA aufmerksam zu machen und zu diesem Anlass ein Spitzengespräch anzuregen, bei dem Vertreter von Bund und Ländern über eine Optimierung der Verschlüsselungssysteme nachdenken sollten. In Dreyers Brief ist allerdings nur von „Verschlüssungssystemen“ die Rede, es fehlt also die Silbe „el“; und als Malu Dreyer daranging, die Nationalitäten der involvierten Geheimdienste zu nennen, nämlich die amerikanischen und die britischen, ließ sie beide jeweils ohne das grammatikalisch gebotene „n“ passieren. Im gleichen Satz, ach, wie viel Pech kann man haben, beklagte Dreyer, dass die bekannt gewordenen Informationen die Menschen „verunsichert“. Da es sich nicht nur um eine einzige Information handelte, hätte Malu Dreyer das Verb in den Plural setzen, also „verunsichern“ schreiben müssen. Hätte, hätte Fahrradkette, möchte man im Dreyer-Deutsch spotten; aber alle, die hin und wieder etwas niederschreiben, sollten sich mal besser selbst zur Ordnung rufen und im Stillen aufzählen, welche Böcke sie schreibend schon geschossen haben; und sie sollten dem lieben Gott danken, dass ihr Geschreibsel nicht direkt an die Bundeskanzlerin gegangen ist.

Vielleicht ist es hilfreich, einen philologischen kühlen Blick auf Malu Dreyers Brief zu werfen, in dem sie ja Gespräche fordert und zwar „zwischen Bund und Länder“. Schon wieder fehlt das „n“, wie in „amerikanische“ und „britische“. Und weiter hinten fordert Dreyer, es müsse gelten, die Grundrechte unserer Bürger und Bürgerinnen zu schützen. Abermals wird das „n“ vermisst. Die NSA wird kaum dahinterstecken, die hat ja schon ein N. Wer also sonst? Wahrscheinlich wird nichts und niemand dahinterstecken, allerdings haben nichts und niemand auch jeweils vorne ein „n“.



„Wirklich eine Tragödie“: Zugedeckte Leichen an der Mole von Lampedusa.

FOTO: AFP

## Flüchtlingsdrama vor Lampedusa

Ein Boot mit Hunderten Afrikanern sinkt vor der italienischen Insel, mindestens 92 Menschen sterben, viele werden vermisst. Die EU-Kommission fordert Umdenken in der Flüchtlingspolitik

VON JAVIER CÁCERES

Brüssel – Nach dem bisher größten Flüchtlingsdrama des Jahres vor der italienischen Küste mit mindestens 92 Toten hat die EU-Kommission ein Umdenken in der europäischen Migrationspolitik gefordert. Flüchtlinge müssten bessere legale Einreisemöglichkeiten geboten werden, sagte Innenkommissarin Cecilia Malmström: „Auf diese Weise könnte die Zahl der Menschen vermindert werden, die ihr Leben in der Hoffnung aufs Spiel setzen, europäische Küsten zu erreichen.“ Sie klagte aber, dass sie seit langer Zeit vergeblich um Unterstützung bei den Regierungen der europäischen Länder werbe.

Im Morgengrauen des Donnerstags war vor der Insel Lampedusa ein Schiff mit schätzungsweise 500 Menschen geken-

tert. Fischer und Sicherheitskräfte konnten bis Donnerstagabend nicht einmal die Hälfte von ihnen lebend bergen. Die Flüchtlinge kamen nach eigenen Angaben größtenteils aus Eritrea und Somalia. Sie waren in Libyen aufgebrochen. Das Unglück löste weltweit Entsetzen aus. „Es ist wirklich eine Tragödie, ganz besonders, weil auch Kinder betroffen sind“, sagte EU-Regionalkommissar Johannes Hahn stellvertretend für die EU-Institutionen. Papst Franziskus nannte das Unglück eine „Schande“. Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano forderte eine Überprüfung der Asylgesetze.

Nach Aussagen von Geretteten war der Motor des überfüllten Schiffs ausgefallen. Versuche, Notrufe mit Handys abzusetzen, schlugen fehl. Die Einwanderer hätten daher Decken angezündet, um nahe Fischerboote oder die Inselbewohner auf ihre ver-

zweifelte Lage aufmerksam zu machen. Dann habe sich aber das Feuer ausgebreitet. Panik sei ausgebrochen und das Schiff gesunken.

Wie viele Flüchtlinge im Lauf des Jahres auf der Überfahrt von der nordafrikanischen Küste nach Europa umgekommen sind, ist ungewiss. Die Schätzungen für die vergangenen 20 Jahre gehen allerdings in die Zehntausende. Die Zahlen waren zuletzt wieder gestiegen. Nach Angaben der Grenzschutzagentur Frontex wurde teilweise das Niveau erreicht, das man zuvor nur aus der unmittelbaren Folgezeit der Arabischen Rebellion im Jahr 2011 kannte.

Unter den Überlebenden des aktuellen Dramas von Lampedusa soll sich auch ein Schleuser befinden. Während die übrigen Flüchtlinge in ein Aufnahmelager gebracht wurden, nahmen die Justizbehör-

den ihn in Gewahrsam. Innenkommissarin Malmström sagte, dass die EU den Kampf gegen Schleuserbanden verschärfen müsse. Auch müsse es den Europäern künftig besser gelingen, Schiffe in Seenot ausfindig zu machen. Ein Instrument dafür sei das Grenzüberwachungssystem Eurusur, das im Dezember einsatzbereit sein werde.

Malmström forderte zudem die europäischen Länder dazu auf, mit Syrern größere Solidarität zu üben. Von den zwei Millionen Menschen, die wegen des Bürgerkriegs geflohen sind, wurden 2013 nur 50 000 Menschen von europäischen Ländern aufgenommen. „Wir müssen mehr tun“, sagte Malmström. Die Lage syrischer Flüchtlinge soll am Dienstag im Rat der europäischen Innenminister in Luxemburg thematisiert werden. > Seite 8

## HEUTE

- Die Seite Drei**  
Maggie Thatchers Auferstehung: In Großbritannien hat gerade ein langer Wahlkampf begonnen ..... 3
- Meinung**  
Die römische Politik befreit sich von Silvio Berlusconi. Das ist gut für Italien und für Europa ..... 4
- Wirtschaft**  
Fast-Food boomt: Die Deutschen lieben das schnelle Essen unterwegs ..... 18
- Sport**  
Der FC Bayern ist in der Champions League eindrucksvoll auf Kurs ..... 27
- Medien**  
16 deutsche Journalisten reisen für eine ARD-Dokumentation in ihre Heimatbundesländer ..... 31
- Kinder- und Jugendbuch ..... 15
- München · Bayern ..... 30
- Rätsel ..... 31
- TV-/Radioprogramm ..... 32
- Familienanzeigen ..... 24, 25

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München, Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sz.de, sz.de  
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Aboservice: Telefon 089/2183-80 80, www.sz.de/abo  
A, B, E, F, FR, I, L, NL, SLO, SK: € 3,30; dkr. 26; £ 3,30; kn 30; sfr. 5,00; czk 101; Ft 880

## Land ohne Bäume

Nordrhein-Westfalen verkauft zu viel Holz – wegen alter Verträge

kan kann es mit Termingeschäften an der Börse vergleichen – das Holz ist auf Jahre verkauft, 500 000 Festmeter jährlich – mehr als doppelt so viel, wie eigentlich in den staatlichen Wäldern geschlagen wird.

Die Sägewerke im Sauerland, obwohl von Wald umgeben, müssen ihr Holz womöglich bald importieren. „Es ist der Wahnsinn, das bedroht eine ganze Industrie“, sagt Hubertus Weber vom Team Timber, einem Zusammenschluss von Sägewerken. „Es ist ein Angriff auf die gesamte Forstwirtschaft“, sagt Umweltminister Johannes Remmel (Grüne). Nur wurde der Angriff eben im eigenen Land geplant.

Im Jahr 2007 fiel der Holzpreis täglich, die Zeit drängte. Im Jugendwaldheim des

Forstamtes Obereimer traf sich Franz-Lambert Eisele, der Leiter der Landesforstverwaltung, mit Vertretern des österreichischen Holz-Multis Klausner, der weltweit aktiv ist. Auf nur 35 Zeilen vereinbarte die lustige Runde dann im Wartebereich des Flughafens Paderborn einen Vertrag im Gesamtwert von heute etwa 800 Millionen Euro. In den Ministerien muss heute jeder Referent mehrere Angebote einholen, wenn er sich nur ein paar neue Magnete für seine Flipchart besorgen will. Die Runde damals verzichtete sogar auf jegliche Rechtsprüfung durch die Verwaltung.

Aber es klang nach einem guten Geschäft für beide Seiten, der Vertrag läuft bis 2014, Klausner garantierte im Gegen-

zug stabile Preise. Das Problem ist nur, dass die staatlichen Wälder in den kommenden Jahren gar nicht so viel liefern konnten, wie eigentlich mit Klausner ausgemacht. Man hatte sich schlicht verschätzt. Es hätte jedes Jahr ein Orkan von der Größe Kyrills durch das Land fegen müssen.

Das erkannte 2009 auch die damalige CDU-Regierung und kündigte den Vertrag so dilettantisch, wie sie ihn geschlossen hatte, einfach per Telefon. Seitdem liegen das Land und der Holz-Multi im Streit, es geht um eine Menge Holz. Bis zu 120 Millionen Euro könnte der Schadenersatz betragen. „Klausner will Konkurrenz verdrängen“, sagt Umweltminister Remmel. In der Landesregierung vermutet man, dass Klausner Geld brauche, um ein neues Sägewerk in den USA zu finanzieren. Am 1. November endet eine Vergleichsfrist, danach muss womöglich geholt werden. BERND DÖRRIES

## Gabriel warnt Union vor Taktiererei

Vor dem Treffen mit der Kanzlerin mahnt der SPD-Chef, die Koalitionsverhandlungen nicht mutwillig zu verschleppen

Berlin – Zum Auftakt der schwierigen Gespräche über eine Regierungsbildung hat SPD-Chef Sigmar Gabriel die Union vor machtpolitischen Spielen gewarnt. Gründlichkeit müsse vor Schnelligkeit gehen, sagte Gabriel der *Süddeutschen Zeitung* vor dem Treffen von SPD und CDU/CSU an diesem Freitag in Berlin. „Aber die Parteien dürfen auch nicht taktieren und die Verhandlungen mutwillig verschleppen.“ In der SPD gibt es die Sorge, die Union wolle Sozialdemokraten und Grüne gegeneinander ausspielen.

Die Bürger erwarteten von allen Parteien einen „verantwortungsbewussten Umgang mit dem Wahlergebnis“, so Gabriel. Offenkundig auch mit Blick auf die eigene Partei fügte er hinzu: „Dazu gehört die Fähigkeit, eine stabile Regierung zu bilden. Das Letzte, was die Menschen wollen, ist die Fortsetzung des Wahlkampfes, an des-

sen Ende Neuwahlen stehen.“ In der SPD gibt es Widerstand gegen eine Neuauflage von Schwarz-Rot. Genährt wird dieser auch durch Personaldiskussionen, an denen sich SPD-Vertreter aus der zweiten Führungsreihe beteiligt hatten.

Gabriel rügte diese Debatten: „Wer den Eindruck des Posten-Schacherns erweckt, beschädigt die Ernsthaftigkeit der Gespräche.“ Die SPD-Führung werde in den nächsten Wochen allein über Inhalte, nicht über Ministerien verhandeln. Als zentrale Themen nannte Gabriel die Zukunft Europas, den Erhalt des Wirtschaftsstandorts Deutschland, gerechte Teilhabe aller am Wohlstand, Finanzierung des Gemeinwohls, Reform der Pflege, Frauen-, Familien- und Bildungspolitik und Integration. Er unterstrich, dass sich die SPD-Spitze in der Koalitionsfrage nicht festgelegt habe, sondern „ergebnisoffen“ verhandle.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sagte, er setze „auch seitens der SPD auf ein unvoreingenommenes, sachliches und offenes Gespräch über die zentralen politischen Herausforderungen“. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) kündigte an, gegen Steuererhöhungen zu kämpfen. „Der Staat sollte mit seinem Geld auskommen“, sagte er einer Feiertagsausgabe der *Bild* am Sonntag. „Das hat auch der Wähler klar bestätigt.“

SPD und Grüne waren mit der Forderung nach Steuererhöhungen in den Wahlkampf gezogen, weshalb diese Programmpunkte lange als eines der Haupthindernisse für ein Bündnis mit der Union galten. In der SPD wird allerdings darauf verwiesen, dass Steuererhöhungen nie als Selbstzweck gedacht waren, sondern für Investitionen in Bildung und Infrastruktur gedacht seien sowie den Kommunen zugute-

kommen sollten. Bei den Grünen läuft seit der Wahlniederlage eine Debatte darüber, ob man mit den Steuerbeschlüssen zu weit gegangen sei. Die bisherige Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt sagte der *Welt* zum Thema Steuererhöhungen: „Ich höre mir Gegenvorschläge an, aber ich bin nicht bereit, notwendige Investitionen mit neuen Schulden zu finanzieren.“ Die „ökologische Modernisierung“ sei für ihre Partei der „Kernpunkt“.

Die Grünen treffen sich am Donnerstag nächster Woche zum Gespräch mit der Union. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) begrüßte, dass aufseiten der Grünen auch der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann teilnehmen soll: „Über Kretschmann-Politik, da kann man reden.“ Man werde „ernsthafte Gespräche führen“. S. HÖLL, C. HICKMANN > Seite 5



**Am Anfang** Twitter könnte bald größer als Facebook sein, nur Geld hat das Unternehmen bisher kaum verdient – nun soll sich das ändern.

**Mittendrin** Frauen wie Fanny Ardant gibt es nur im französischen Kino – ein Gespräch mit der Schauspielerin über Liebe und Freiheitsdrang.

**Am Ende** Mit seinen 100 Jahren ist Erich Priebke der älteste lebende NS-Kriegsverbrecher. Wir haben ihn gefragt: Empfinden Sie Reue?

Liegt nicht der gesamten Auslandsauflage bei

Sechs Seiten Beilage  
**The New York Times**  
ANZEIGENVERBUND Süddeutsche Zeitung

**16 Seiten Immobilien, Kauf- und Mietmarkt**

**CO<sub>2</sub>-Vorschrift entzweit die EU**

Berlin stellt sich mit aller Macht vor die Automobilindustrie

Brüssel – Einen Tag vor der Abstimmung über schärfere Klimagasesvorschriften für Neuwagen am Freitag zeichnet sich weiterhin kein Kompromiss zwischen Berlin und Paris ab. Die Verhandlungen zwischen beiden Hauptstädten seien „noch nicht so weit“, hieß es am Donnerstag in Brüssel. Berlin macht sich für lockerere Vorschriften stark. Umstritten ist, was Paris im Gegenzug erhält. Industrieminister Arnaud Montebourg will, dass Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn einführt. Ohne Einigung droht sich die Abstimmung zu verzögern. GAM > Seite 5

**Italien legt Regierungskrise bei**

Rom – Erleichtert hat Italien auf das Ende der Regierungskrise reagiert. Präsident Giorgio Napolitano lobte am Donnerstag die Standfestigkeit von Premier Enrico Letta, der zuvor eine Vertrauensabstimmung im Parlament gewonnen hatte. Dabei hatte sein Widersacher Silvio Berlusconi eine Kehrweste vollzogen und ebenfalls für Letta gestimmt. sz > Seiten 2 und 4

**Gauck: Datenschutz so wichtig wie Umweltschutz**

Stuttgart – Bundespräsident Joachim Gauck hat eine Stärkung des Datenschutzes gefordert. Dieser sollte „für den Erhalt der Privatsphäre so wichtig werden wie Umweltschutz für den Erhalt der Lebensgrundlagen“, sagte Gauck bei der Feier zum Tag der Deutschen Einheit. Es müsse überlegt werden, was Geheimdienste dürfen und was sie nicht dürfen. sz > Seite 5

**Dax ▼ Dow ▼ Euro ▲**  
Xetra 16.30 h 8603 Punkte - 0,31%  
N.Y. 16.30 h 15014 Punkte - 0,79%  
Euro 16.30 h 1,3602 US-\$ + 0,0026

**DAS WETTER**  
TAGS 19°/3° NACHTS

Von Westen her ziehen dicke Wolken mit einigen Schauern heran und erreichen eine Linie von Schleswig-Holstein über Hessen bis ins Allgäu. Im Osten und Südosten bleibt es teils freundlich, teils wechselnd bewölkt. Elf bis 23 Grad. > Seite 15

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/app